



**An die
Mitglieder des Kreistages**

Nachrichtlich:
Erster Kreisrat
Kreisrätin
Gleichstellungsbeauftragte
Pressesprecherin
Personalrat

Büro Landrat

Sigrid Ruth
Auf dem Michaeliskloster 4
Gebäude 1, Eingang A, Zimmer 18
Telefon: 04131 26-1532
Telefax: 04131 26-2532
sigrid.ruth@landkreis.lueneburg.de

26. Februar 2009

Niederschrift

Kreistag

Sitzungstermin:	Montag, 22.09.2008
Sitzungsdauer:	14:00 bis 16:45 Uhr
Sitzungsort:	Lüneburg, Ritterakademie
Sitzungsart:	öffentlich

Vorsitzender

Landrat

Protokollführerin

Anwesenheitsliste:

Name, Fraktion bzw. Funktion		In Vertretung bzw. Teilnahme von ... bis ...
Herr Landrat Nahrstedt, Manfred	Landrat	
Herr Dr. Althusmann, Bernd	CDU/Unabhängige	
Herr Barufe, Hans Joachim	FDP	
Herr Berisha, Christian	Einzelbewerber	
Herr Blume, Alexander	CDU/Unabhängige	
Herr Dr. Bonin, Hinrich	SPD	
Frau Brüel-Sasse, Petra	Grüne	
Frau Brunke-Reubold, Sabine	Grüne	
Herr Dammann, Günter	CDU/Unabhängige	
Herr Dittmers, Rainer	SPD	
Herr Dörbaum, Heiko	SPD	
Frau Dziuba-Busch, Ingrid	CDU/Unabhängige	
Herr Forstreuter, Frank	Grüne	
Herr Fricke, Heinz	SPD	
Herr Führinger, Hans-Georg	CDU/Unabhängige	fehlt entschuldigt
Herr Harms, Manfred	CDU/Unabhängige	
Herr Hein, Bernd	SPD	
Herr Heinrichs, Manfred	CDU/Unabhängige	
Herr Hoffmann, Matthias	SPD	
Herr Hoppe, Karl-Heinz	CDU/Unabhängige	
Herr Kaidas, Jens	CDU/Unabhängige	bis 16.25 Uhr
Herr Kamp, Franz-Josef	SPD	
Herr Koch, Friedhelm	CDU/Unabhängige	
Herr Köne, Martin	Grüne	
Herr Körner, Hans-Siegfried	CDU/Unabhängige	
Frau Mammen, Hilke	SPD	
Herr Marten, Wolfgang	SPD	fehlt entschuldigt
Herr May, Karl	SPD	
Herr Meißner, Hubert	SPD	
Frau Mertz, Brigitte	SPD	
Herr Meyn, Herbert	SPD	
Herr Nehring, Uwe	SPD	
Frau Neumann, Birgit	SPD	
Herr Olshof, Klaus	CDU/Unabhängige	
Herr Perschel, Meinhard	CDU/Unabhängige	bis 16.30 Uhr
Herr Peters, Martin	SPD	
Herr Pfeiffer, Axel	CDU/Unabhängige	

Herr Pröhl, Friedrich Wilhelm	CDU/Unabhängige	fehlt entschuldigt
Frau Röckseisen, Karin-Ose	FDP	
Herr Röding, Lutz	CDU/Unabhängige	
Herr Dr. Scharf, Gerhard	CDU/Unabhängige	
Frau Schmidt, Inge	CDU/Unabhängige	
Herr Schulze, Uwe	CDU/Unabhängige	ab 14:25 Uhr
Frau Stange, Elke	SPD	
Frau Staudte, Miriam	Grüne	
Herr Stilke, Bernhard	Grüne	
Frau Stoll, Heike	Linke	fehlt entschuldigt
Frau Thielbörger, Renate	SPD	
Herr Thiemann, Norbert	CDU/Unabhängige	
Herr Venderbosch, Jörg	Linke	
Frau Verlinden, Julia	Grüne	
Frau Ziemer, Nicole	SPD	
Frau Zimmermann, Karin	FDP	
Frau Schulz, Kristin		Protokollführerin
Frau Ruth, Sigrid	Verwaltung	
Herr Erster Kreisrat Krumböhrer, Jürgen	Verwaltung	
Frau Kreisrätin Scherf, Monika	Verwaltung	
Frau Schreiber, Christina	Pressesprecherin	
Frau Hannig, Beate		Volontärin
Frau Schmidt, Alina		Anwärterin

Tagesordnung:

(öffentlich)

1. Eröffnung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.07.2008
4. Umbesetzung im Sportausschuss
Vorlage: 2008/122
5. Umbesetzung im Schulausschuss
Vorlage: 2008/134

6. Benennung eines Vertreters des Kreistages in der Gesellschafterversammlung der Bildungs- und Kultur gGmbH
Vorlage: 2008/126
7. Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts zum 31. Dezember 2007, Entlastung der Werksleitung sowie Gewinnverwendung des in der Bilanz ausgewiesenen Bilanzgewinns.
Vorlage: 2008/128
8. Strategische Rahmenvereinbarung für eine Kooperation zwischen Hansestadt Lüneburg, Landkreis Lüneburg und Leuphana-Universität Lüneburg - Bestätigung der Finanzierungszusage
Vorlage: 2008/132
9. Antrag der FDP-Fraktion vom 28.07.2008 (Eingang 31.07.2008);
"Bekämpfung des Jakobskreuzkrautes im Landkreis Lüneburg"
Vorlage: 2008/137
10. Antrag der Grünen-Kreistagsfraktion vom 10.08.2008 (Eingang 10.08.2008);
Mehr Erdgas- und Biogastankstellen für die Region
Vorlage: 2008/139
11. Antrag der Grünen-Kreistagsfraktion vom 10.08.2008 (Eingang 10.08.2008);
Umweltfreundliche Taxis - stabile Preise
Vorlage: 2008/140
12. Antrag der Grünen-Kreistagsfraktion vom 01.09.2008 (Eingang 01.09.2008);
Besuchsquote von Migrantenkindern in Kindertageseinrichtungen erhöhen
Vorlage: 2008/174
13. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE. vom 08.09.2008 (Eingang 08.09.2008);
Ausweitung von Energiesozialtarifen
Vorlage: 2008/175
14. Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten
- 14.1. Zustimmung des Kreisausschusses zur Elternbefragung Gesamtschule
15. Schriftliche Anfragen gem. § 19 Abs. (1) Geschäftsordnung
16. Mündliche Anfragen aus aktuellem Anlass gemäß § 19 Abs. (2) Geschäftsordnung
18. Schließung der Sitzung

Protokoll:

(öffentlich)

TOP-Nr. 1 **Eröffnung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vors. Fricke fordert die Zuhörerinnen und Zuhörer im Rahmen der Einwohnerfragestunde auf, Fragen an Herrn Landrat Nahrstedt zu richten.

Frau Daniela Weidler aus Amt Neuhaus erkundigt sich nach dem Radweg zwischen Amt Neuhaus und Delin, welcher für 2011 geplant sei.

Sie verweist auf die Dringlichkeit des Baues und würde es begrüßen, wenn man mit dem Bau des Radweges vorzeitig beginne. Besonders Kinder und ältere Menschen seien durch die viel befahrene Straße großen Gefahren ausgesetzt. Bis zum heutigen Zeitpunkt habe es bereits zwei Tote gegeben.

KOAR Ruth antwortet als Werksleiter Betrieb Straßenbau und –unterhaltung.

Der Radweg sei bereits im Jahresprogramm des Betriebes für Straßenbau und –unterhaltung aufgenommen. In diesem Rahmen genießen besonders die Radwege eine hohe Priorität. Die Finanzierung der Radwege erfolgt allerdings nicht nur aus Eigenmitteln des Landkreises Lüneburg, sondern größtenteils aus Fördermitteln des Landes Niedersachsen, sodass die wesentliche Entscheidung zum Bau des Radweges beim Land verbleibt. Die Thematik soll im ersten Werks- und Straßenbauausschuss 2009 nochmals aufgegriffen werden.

-SBU-

Vors. Fricke eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Dem Kreistag gehören 53 Mitglieder an. Nachfolgend die Teilnehmerzahlen zum Zeitpunkt der Eröffnung der Sitzung:

Landrat	1
CDU/Unabhängige-Fraktion	17 Mitglieder
SPD-Fraktion	18 Mitglieder
Grüne-Fraktion	7 Mitglieder
FDP-Fraktion	3 Mitglieder
Die Linke-Fraktion	1 Mitglied
Einzelbewerber Christian Berisha	<u>1 Mitglied</u>
insgesamt	<u>48 Mitglieder</u>

Damit ist die Beschlussfähigkeit des Kreistages gegeben.

Bevor **Vors. Fricke** mit der Sitzung fortfährt spricht er zunächst einige Worte in Gedenken an den ehemali-

gen Kreistagsabgeordneten Walter Westermann, der am 12.07.2008 verstorben ist.

Die Mitglieder des Kreistages erheben sich von ihren Plätzen und ehren den Verstorbenen mit einer Gedenkminute.

LR Nahrstedt gratuliert KTA Karl-Heinz Hoppe im Namen der Kreisverwaltung zu seinem 40-jährigen Kreistagsjubiläum, welches er am 01.10.2008 erreichen wird. Er verweist darauf, dass ein solches Jubiläum bis zum heutigen Tage nicht vorgekommen sei und bedankt sich für die langjährige Verbundenheit mit dem Kreistag und dem Bauausschuss des Landkreises Lüneburg, dem er seit 1974 als Vorsitzender angehöre. Auch die Arbeit für die Stadt Bleckede und ihre Bürgerinnen und Bürger, sowie das große Engagement, was er während der Rückgliederung des Amtes Neuhaus zum Landkreis Lüneburg gezeigt habe, sei hervorzuheben.

TOP-Nr. 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der Fassung vom 16.09.2008 einstimmig festgestellt.

TOP-Nr. 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.07.2008

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Die Niederschrift wird in Form und Inhalt genehmigt.

TOP-Nr. 4 Umbesetzung im Sportausschuss Vorlage: 2008/122

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Folgende Umbesetzung wird gemäß § 47 Abs. 4 durch den Kreistag festgestellt:

KTA Karin Zimmermann scheidet als ordentliches Mitglied aus dem Sportausschuss aus.

Nachfolger ist KTA Hans-Joachim Barufe.

TOP-Nr. 5 Umbesetzung im Schulausschuss
Vorlage: 2008/134

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Folgende Umbesetzung wird gem. § 110 NSchG festgestellt:

Axel Muth scheidet als stimmberechtigtes Mitglied aus dem Schulausschuss aus. Nachfolger ist Herr Lenard Aldag, Lüneburg.

TOP-Nr. 6 Benennung eines Vertreters des Kreistages in der Gesellschafter-
versammlung der Bildungs- und Kultur gGmbH
Vorlage: 2008/126

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

KTA Jens Kaidas wird für die Dauer der laufenden Legislaturperiode des Kreistages als weiterer Vertreter des Landkreises Lüneburg in der Gesellschafterversammlung der Bildungs- und Kultur gGmbH benannt. Stellvertreter ist KTA Martin Peters.

KTA Blume schlägt als weiteren Vertreter KTA Jens Kaidas vor und als seinen Stellvertreter KTA Martin Peters.

TOP-Nr. 7 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lagebe-
richts zum 31. Dezember 2007, Entlastung der Werksleitung sowie
Gewinnverwendung des in der Bilanz ausgewiesenen Bilanzge-
winns.
Vorlage: 2008/128

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss und der Lagebericht zum 31.12.2007 des Betriebs Straßenbau und – unterhaltung wird ohne Einwendung festgestellt;

2. die Entlastung der Werksleitung für das Geschäftsjahr 2007 wird beschlossen;
3. der ausgewiesene Jahresgewinn 2007 in Höhe von 339.825,55 € wird an den Träger Landkreis Lüneburg ausgeschüttet;
4. vom ausgeschütteten Gewinn sollen SBU 140.000 € für weitere dringende Sanierungsmaßnahmen der Klappbrücken in Wittorf und Bardowick noch in 2008 in der Vermögenshaushaltsstelle 02.6500.9510 zur Verfügung gestellt werden.

Diskussionsverlauf:

KTA Pfeiffer verweist auf die Kontinuität der sachgerechten Verwendung der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel, was sich aus den jeweiligen Prüfungsberichten der Jahresabschlüsse entnehmen ließe. Insbesondere der Bereich der Investitionen im Straßenbau zeige bei immer knapper werdenden Mitteln und Zuschüssen, dass fast alle für 2007 geplanten Maßnahmen begonnen bzw. abgeschlossen seien.

Zu den begonnenen Maßnahmen zählten die außerplanmäßigen Sanierungsarbeiten an den Klappbrücken in Wittorf und Bardowick, welche bedeutsame Verkehrspunkte in Hinsicht auf den Schülerverkehr und auch den landwirtschaftlichen Verkehr darstellen. Um diese fortsetzen zu können, seien weitere Haushaltsmittel dringend erforderlich. Zu diesem Zweck werden 140.000 € aus dem Jahresgewinn 2007 zur Verfügung gestellt, sodass die Arbeiten in 2008 wie vorgesehen fortgesetzt werden. Der Rest werde an den Träger Landkreis Lüneburg gehen.

Die CDU/Unabhängige-Fraktion werde der Beschlussempfehlung des Werks- und Straßenbauausschusses folgen.

Abschließend bedankt er sich bei den Mitarbeitern des Betriebs Straßenbau und –unterhaltung für die äußerst zufriedenstellend geleistete Arbeit.

KTA Nehring erläutert, dass die Materialeinsparungen des milden Winters 2007 und die nicht genutzten Rückstellungen für die geplante Altersteilzeit wichtige Gründe für die Entstehung des Überschusses seien. Für die zukünftige Entwicklung des SBU beständen keine finanziellen Risiken. Weiterhin sei der Fortbestand des SBU nicht gefährdet und der Eigenbetrieb sei wirtschaftlich geführt worden. Ein besonderer Dank gilt Herrn Ruth und seinen Mitarbeitern für das gute Ergebnis und für die große Tatkraft.

Die SPD-Fraktion werde der Beschlussempfehlung des Werks- und Straßenbauausschusses zugestimmen.

KTA Stilke merkt zum Punkt 4 an, dass es bereits mehrmals zu Bauarbeiten an den besagten Klappbrücken gekommen sei. Das sei Anlass, um eine Auflistung der Häufigkeit der Sanierungen anzufordern um zukünftige Lösungen aufzuzeigen. Ziel sei es, die Häufigkeit der Sanierungen und somit den finanziellen Aufwand zu reduzieren.

Folglich seien ein Antrag und eine Anfrage im nächsten Werks- und Straßenbauausschuss geplant.

KTA Barufe erklärt, dass der Beschluss durch den Werks- und Straßenbauausschuss einstimmig gefasst worden sei und die FDP-Fraktion diese notwendige Maßnahme in Punkt 4 unterstütze. Er bedankt sich für das positive Ergebnis des Rechenschaftsberichts und für die Arbeit der Mitarbeiter des Betriebs Straßenbau und –unterhaltung.

KTA Heinrichs meldet sich zu der Äußerung von KTA Stilke und sagt, dass eine Ursache für die häufigen und kostenaufwändigen Sanierungsarbeiten an den Klappbrücken der große Schwerlastverkehr sei. Die Brücken seien grundsätzlich nicht für so ein starkes Verkehrsaufkommen ausgelegt worden.

Um Abhilfe zu schaffen, sollte man die Elba-Spange zwischen Lüneburg und Bardowick voran treiben.

KTA Forstreuter führt an, dass die Grüne-Fraktion auf den Radwegebau und -ausbau aus kreiseigenen Mitteln setzt und verweist nochmals darauf, dass die Elba-Spange nach Ansicht seiner Fraktion ein unnötiges Verkehrsprojekt darstelle. Man könne den Schwerlastverkehr über die A 250 (Ostumgehung) und die B 209 durch Adendorf umleiten, welche auch als eigentliche Verkehrswege angedacht seien.

-SBU-

**TOP-Nr. 8 Strategische Rahmenvereinbarung für eine Kooperation zwischen
Hansestadt Lüneburg, Landkreis Lüneburg und Leuphana-
Universität Lüneburg - Bestätigung der Finanzierungszusage
Vorlage: 2008/132**

Abstimmungsergebnis: 5 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Lüneburg beschließt vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung 2009, dass sich der Landkreis Lüneburg im Falle der Umsetzung an den Kosten für die Errichtung eines Zentralgebäudes der Leuphana-Universität Lüneburg auf dem Campus Scharnhorststraße gemeinsam mit der Hansestadt Lüneburg mit einem Eigenanteil von maximal 7 Mio. Euro beteiligt; der Eigenanteil des Landkreises Lüneburg beträgt 2 Mio. Euro. Im Haushaltsplan 2009 wird eine Verpflichtungsermächtigung zu Lasten der Haushaltsjahre 2011 und 2012 (jeweils 1 Mio. Euro) veranschlagt. Die Verwaltung wird beauftragt, gegenüber der Leuphana-Universität Lüneburg eine entsprechende Finanzierungszusage abzugeben.

Diskussionsverlauf:

KTA Dr. Scharf sagt, dass Lüneburg mit dem Audimax ein Bauwerk von herausragender und überregionaler Bedeutung bekäme und erinnert an die Realisierung der Baupläne, die durch die Entscheidungsgremien von Hansestadt und Landkreis Lüneburg beschlossen wurden.

Daniel Libeskind sei ein Architekt von Weltbedeutung, der u.a. durch die Planung für den Wiederaufbau des World Trade Centers in New York große Anerkennung erfuhr.

Er merkt dennoch kritisch an, dass die Universitätsleitung auch vermehrt auf die Wünsche des Kreistages und des Stadtrates eingehen sollte, für die es von großer Wichtigkeit sei, einen Nachweis über den Umgang mit den aufgebrachtten finanziellen Mittel zu bekommen. Er hofft auf eine vernünftige Ausführung der Nutzungsvereinbarungen zwischen den drei Körperschaften.

KTA Bonin führt an, dass es sich bei dem geplanten Zentralgebäude der Leuphana-Universität um kein fertiges Objekt handle und man es somit noch nicht in der Gesamtheit beurteilen könne. Für die Hansestadt und den Landkreis Lüneburg, sowie die Vereine und gesellschaftlichen Gruppen sei das Projekt äußerst positiv anzusehen, zumal sich der Landkreis Lüneburg in der Umsetzung der Nutzungsvereinbarung in einer bevorzugten Lage befinde. Vereine und gesellschaftliche Gruppen hätten lediglich die grundsätzlich anfallenden variablen Kosten wie z.B. die Reinigung zu begleichen.

Das Zentralgebäude sei ein Ausdruck einer stimmigen Gesamtstrategie, die darauf ausgerichtet sei sich auf einen zentralen Campus zu konzentrieren und die Leuphana-Universität international attraktiv darzustellen. Durch diese Strategie könne man den sinkenden Studierendenzahlen entgegenwirken.

Jetzt gelte es die Zusagen, die das Land Niedersachsen gegeben habe, im vollen Umfang rechtsverbindlich zu erfüllen.

KTA Forstreuter verweist auf das geplante Umweltkonzept und die Energieversorgung des Zentralgebäudes, was die Grüne-Fraktion als äußerst positiv ansehe und was durch beispielhaften Charakter überzeuge. Als negativer Punkt sei hingegen die Abschaffung des Bachelorstudiengangs Sozialarbeit/Sozialpädagogik anzusehen. Die Umsetzung erfolge entgegen den Äußerungen von Stadt, Kreis und den Trägern der sozia-

len Hilfesysteme in der Region. Diese Maßnahme dürfe man nicht einfach so hinnehmen und sie führe, wie in der Rahmenvereinbarung aufgeführt, nicht zu einer weiteren Aufwertung des Lehrangebotes. Ein weiterer negativer Punkt sei die ungeklärte Finanzierungsfrage. Bis zum heutigen Zeitpunkt gebe es kein vollkommenes Finanzierungskonzept vor allem in Hinsicht auf die Mittel vom Bundesministerium für Umwelt. Die Entscheidung über die Finanzierungszusage sei somit absolut verfrüht.

KTA Venderbosch merkt an, dass für soziale Projekte finanzielle Mittel fehlen. Dennoch sollen für die Universität und ohne ein entsprechendes Finanzierungskonzept 2 Mio. € ausgegeben werden. Die Linke-Fraktion sei dagegen.

KTA Röckseisen sieht das Zentralgebäude als ein optisches Signal für den Aufbruch und weist ausdrücklich darauf hin, dass die FDP-Fraktion dieses Projekt begrüße.

KTA Berisha sagt, dass dieses Projekt sinnvoll und geeignet sei, den Uni-Standort Lüneburg weiter auszubauen.

LR Nahrstedt führt an, dass es sich bei der Kostenbeteiligung derzeit um eine Verpflichtungsermächtigung zu Lasten der Haushaltsjahre 2011 und 2012 handele, die in den Haushalt 2009 aufgenommen werde. Folglich sei das Verhalten des Landes Niedersachsen abzuwarten. Zu der Wortmeldung von KTA Venderbosch verweist er auf die hohen Kosten für soziale Projekte, die der Landkreis Lüneburg trotz der schwierigen Haushaltslage übernehme.

KTA Stilke verweist auf das positive Energiekonzept, was allerdings kleinere Mängel aufweise. Das Verhältnis zwischen der Außenfläche und dem Volumen des Gebäudes sei recht unglücklich gewählt, was zu einem Verlust des Energiegewinns führe. Die große Außenfläche sei auch dafür verantwortlich, dass mehr Energiekosten für die Lüftung und Kühlung entstehen als für die Heizung. Dennoch setze dieses Konzept die Forderungen der internationalen Politik nach Energie ohne Kohle und Öl vollkommen um.

KTA Althusmann merkt an, dass kaum eine Region so skeptisch über ein Projekt diskutiere wie es die Region Lüneburg tue. Dieses Projekt sei profitabel für den Arbeitsmarkt, den Mittelstand, das Handwerk und besonders für die Bildungs- und Wissenschaftsregion. Das Land Niedersachsen werde zu seiner Verpflichtung stehen. Es werde in 2008 bis 2010 insgesamt 21 Mio. € zur Verfügung stellen um die Universität international hervorzuheben. Der Weg, den die Leuphana Universität nach der Fusion eingeschlagen habe, sei in der Wissenschaft bundes- und europaweit auf große Beachtung gestoßen. Die innere Organisation sei als Vorbildfunktion anzusehen. Somit stelle die Finanzierungszusage eine Beteiligung für eine zukunftsweisende Perspektive der Region Lüneburg dar.

KTA Zimmermann führt an, dass man auf die Sicherstellung des Lehrangebotes achten sollte.

KTA Staudte kritisiert die fehlende Diskussion über dieses Projekt. Es stelle sich die Frage, ob hier ein angemessener Umgang mit den Steuergeldern erfolge und ob wirklich ein Bedarf an diesem Gebäude bestehe, denn als Audimax sei es bedeutend zu groß und als Stadthalle zu klein. Letztlich werde die Sicht auf das Wesentliche von der Universität durch den Kult um die großen Namen zerstört, was eine Kooperation in Hinsicht auf die Rahmenvereinbarung nicht erleichtere. Die Folgekosten habe das Land Niedersachsen zu tragen, entgegen den strengen Konsolidierungsplänen der Landesregierung. Sie sei von dem Projekt nicht überzeugt.

-EKR-

**TOP-Nr. 9 Antrag der FDP-Fraktion vom 28.07.2008 (Eingang 31.07.2008);
"Bekämpfung des Jakobskreuzkrautes im Landkreis Lüneburg"
Vorlage: 2008/137**

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Es wird festgestellt, dass die Verwaltung im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereits tätig ist, so dass eine Beschlussfassung sich erübrigt. Die Sitzung des Kreistages soll aber genutzt werden, um die Öffentlichkeit auf das giftige Jakobskreuzkraut hinzuweisen und zur flächendeckenden Bekämpfung der Pflanzen aufzufordern.

Diskussionsverlauf:

KTA Röckseisen weist eindringlich auf die Gefahren hin, die von diesem Kraut ausgehen und appelliert an die Öffentlichkeit, sich gemeinsam für eine Vernichtung einzusetzen. Sie macht darauf aufmerksam, dass ein Mähdienst nicht förderlich sei, da dieses Kraut schneller wachse als die gewöhnlichen Pflanzen und die Lebensdauer durch häufiges Mähen verlängert werde. Eine Truppenverstärkung des Landschaftspflegetrupps halte sie für sinnvoller. Der Landschaftspflegetrupp bekämpfe die Pflanzen in dem er diese mit der Wurzel entferne. So würden die nützlichen Pflanzen geschont und die giftigen bekämpft.

Der Landkreis Lüneburg solle die Gemeinden bezüglich der Gemeindestraßen sensibilisieren bevor es zu einer Plage komme.

KTA Berisha bittet um Verweis des Antrages in den Ausschuss für Umweltschutz, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft, Agenda 21 und Verbraucherschutz um die Tatsachen zu prüfen. Wenn es sich um eine Gefahr im Verzuge handeln sollte, bittet er um sofortiges Handeln.

LR Nahrstedt gibt bekannt, dass sich laut dem NLT eine Arbeitsgruppe am 23.10.2008 zusammen finden soll, die sich mit dieser Problematik auseinander setzen werde. Es werde durch Öffentlichkeitsarbeit auf das Problem aufmerksam gemacht. Es sei der Bericht der Arbeitsgruppe abzuwarten. Im übrigen verweist er auf die bereits eingeleiteten Maßnahmen des Landkreises.

KTA Mertz sagt, der einzig sinnvolle Weg sei es die Aufmerksamkeit der Bevölkerung zu erregen.

KTA Stilke verweist darauf, dass bei der Bekämpfung des Jakobskreuzkrautes darauf zu achten sei, dass geschützte Pflanzen verschont werden. Da besonders Pferde durch das giftige Kraut gefährdet seien, sei es die Aufgabe des Tierhalters, das Tier vor der giftigen Pflanze zu schützen.

KTA Röckseisen führt an, dass die Ausmaße der Schäden noch nicht erkennbar seien. Die giftige Substanz des Jakobskreuzkrautes sammle sich zuvor in der Leber des Tieres bis die lebensbedrohliche Dosis erreicht sei. Man sollte die Tierhalter mit dieser Problematik nicht allein lassen.

Abstimmung über folgenden Antrag von KTA Berisha:

„Verweis des Antrages in den Ausschuss für Umweltschutz, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft, Agenda 21 und Verbraucherschutz“

Beschluss:

Der Antrag wird bei einer Gegenstimme abgelehnt.

-SBU, 61, 40-

**TOP-Nr. 10 Antrag der Grünen-Kreistagsfraktion vom 10.08.2008 (Eingang 10.08.2008);
Mehr Erdgas- und Biogastankstellen für die Region
Vorlage: 2008/139**

Abstimmungsergebnis: 10 Gegenstimmen, 1 Enthaltung

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Diskussionsverlauf:

KTA Verlinden begründet den Antrag und erläutert, dass Erdgasfahrzeuge leiser als normale Fahrzeuge seien. Sie produzieren kaum Feinstaub, weniger Abgase und seien günstiger im Betrieb. Jeder Erdgas-Motor könne auch mit Biogas betrieben werden. Biogas sei noch umweltfreundlicher, da es aus regenerierbaren Energien gewonnen werde. Um den Trend weiter ausbauen zu können, sei es wichtig die Versorgung mit Erdgas- und Biogastankstellen sicherzustellen. Ohne weitere Tankstellen gebe es mehr Zurückhaltung bei der Anschaffung dieser Fahrzeuge, somit weniger Kundenpotential und Investoren.

KTA Kamp erklärt, dass er davon ausgegangen sei, dass die Grüne-Fraktion den Antrag zurückziehe. Durch die Befragung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Lüneburg liege keine Zuständigkeit des Landkreises Lüneburg vor. Es sei die Aufgabe der freien Wirtschaft nach Angebot und Nachfrage zu handeln.

KTA Röckseisen sagt, dass der Landkreis Lüneburg durchaus eine Möglichkeit habe, den Bau einer Tankstelle zu fördern indem er auf den bestehenden Bedarf aufmerksam macht. Die FDP-Fraktion werde diesem Antrag zustimmen.

KTA Berisha ist der Meinung, dass es die Aufgabe der örtlichen Energiehändler sei, den Bedarf zu decken. Scheinbar bestehe der Bedarf aber nicht. Er sei gegen diesen Antrag.

KTA Blume betont, dass die Verwaltung in ihrem Zuständigkeitsgebiet arbeiten sollte. Was hier nicht der Fall sei. Auch die finanzielle Lage des Landkreises Lüneburg lasse solche Überlegungen nicht zu.

KTA Köne sagt, dass eine Verweisung in den Ausschuss für Raumordnung, Wirtschaft, Touristik, Verkehrsplanung und ÖPNV eine gute Überlegung sei.

KTA Venderbosch schließt sich der Ansicht der Grünen-Fraktion in Hinsicht auf die Erdgastankstellen an. Bezüglich der Biogastankstellen kritisiert er die Produktion von Biogas, welche in Konkurrenz zu der Nahrungsmittelproduktion stehe. Dies führe zur Erhöhung der Lebensmittelpreise, was sich in sozialen Problemen widerspiegeln werde.

KTA Barufe merkt an, dass es vor Beginn dieser Diskussion erst einmal zu einer Wirtschaftlichkeitsprüfung kommen sollte. Grundsätzlich habe aber die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen zu stellen. Aus diesem Grund erwarte er eine Prüfung durch die Verwaltung. Weiterhin stelle er in Frage, dass das Abstimmungsergebnis im Kreisausschuss und der Beschlussvorschlag der Vorlage übereinstimmend seien.

Vors. Fricke erläutert, dass die Beschlussempfehlung seitens des Kreisausschusses die Ablehnung gewesen sei.

KTA Zimmermann hält eine Prüfung des Antrages für sehr sinnvoll.

KTA Forstreuter betont, dass der Klimaschutz und die Wirtschaftsförderung sehr wohl in der Zuständigkeit des Kreistages liegen. Es gebe gestalterische Bereiche wie die Wirtschaftsförderungsgesellschaft und die Klimaschutzleitstelle, die in diesem Fall tätig werden könnten.

KTA Stilke verweist auf die Möglichkeit, die wichtigsten Akteure wie die Autohäuser und E.ON Avacon durch den Landkreis Lüneburg in Kooperation zu bringen und die jeweiligen Bedingungen zu diskutieren. Die Verwaltung sollte zumindest eine Recherche der Möglichkeiten zur Förderung anstreben.

KTA Althusmann hält die Idee der Grünen-Fraktion grundsätzlich für richtig, sieht aber keine Zuständigkeit des Kreistages. Der Antrag sei nicht abstimmungsfähig, weil der Kreistag nicht in der Lage sei, auf die Mineralölwirtschaft zuzugehen. Zudem gehe die Tendenz der Mineralölwirtschaft dahin, dass der Normalkraftstoff abgeschafft werde und der Biokraftstoff an den Tankstellen eingeführt werde.

KR Scherf weist darauf hin, dass die vorhandene Tankstelle noch Kapazitäten von 20 % aufweise, die vorerst ausgeschöpft werden sollten. Seitens der Verwaltung sei der Antrag abzulehnen.

KTA Bonin sagt, dass es nicht die Aufgabe der Verwaltung sei mit den Konzernen in Verhandlung zu treten und aus diesem Grund plädiere auch er für eine Ablehnung.

-KR, KSL-

**TOP-Nr. 11 Antrag der Grünen-Kreistagsfraktion vom 10.08.2008 (Eingang
10.08.2008);
Umweltfreundliche Taxis - stabile Preise
Vorlage: 2008/140**

Abstimmungsergebnis: 5 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Antrag wird an den Ausschuss für Umweltschutz, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft, Agenda 21 und Verbraucherschutz überwiesen. Über die Angelegenheit soll im Rahmen der Haushaltsberatung 2009 entschieden werden.

Diskussionsverlauf:

KTA Verlinden berichtet, dass Taxis eine wichtige Rolle im Umweltverkehrsverbund spielen. Besonders abends und an den Wochenenden tragen sie zu einer besseren Vernetzung bei, was vor allem für die Randgebiete von Vorteil sei. Aus diesem Grund sollte man effiziente und klimaschonende Taxis fördern um die Preise stabil zu halten. So sei gewährleistet, dass auch sozial schwächere und ältere Personen auf Taxis zurückgreifen. Für das Klimabudget 2008 seien keine weiteren Finanzierungen vorgesehen, sodass eine Entscheidung in diesem Haushaltsjahr noch möglich wäre. Aber auch der Vorschlag des Kreisausschusses den Antrag in den Ausschuss für Umweltschutz, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft, Agenda 21 und Verbraucherschutz zu verweisen und die Angelegenheit im Rahmen der Haushaltberatungen 2009 aufzunehmen, sei akzeptabel.

KTA Venderbosch sieht den Antrag als diskussionswürdig an und begrüßt den Verweis in den Ausschuss für Umweltschutz, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft, Agenda 21 und Verbraucherschutz. Die Subventionierung des Taxiverkehrs sei allerdings fragwürdig, denn Hartz IV-Empfänger seien nicht in der finanziellen Lage Taxis in Anspruch zu nehmen. Man sollte vielmehr die Überlegung anstreben, die Mittel aus dem Klimabudget für den Aufbau des öffentlichen Nahverkehrs zu verwenden. Da die Anruf-Mietwagen die Preise der Taxiunternehmen unterbieten, werde eine Förderung dieser Unternehmen zu einem Lohn-Dumping in den Taxiunternehmen führen.

KTA Berisha merkt an, dass er keine Zuständigkeit des Kreistages sehe. Es gebe keinen Grund Unternehmen, die auf Wirtschaftlichkeit achten und somit auch Neuwagen anschaffen zu fördern. Die Förderung würde sich auf die technische Entwicklung beziehen, die heutzutage dem Standard entspreche. Er werde dem Antrag nicht zustimmen, da eine Förderung der Unternehmen bei der momentanen Haushaltslage unmöglich sei.

KTA Brunke-Reubold unterstützt diesen Antrag. Er verbinde die Wirtschaftsförderung mit dem Umweltschutz. Auch die Anruf-Mietwagen-Unternehmen sollten unterstützt werden, da diese tagsüber auch als Taxis verwendet werden. Ihr sei es unverständlich wie für ein Prestigeobjekt 2 Mio. € bereitgestellt werden und für diese Maßnahme noch nicht einmal 20.000 € aus einem vorhanden Budget zur Verfügung gestellt werden können.

Vors. Fricke fordert die Kreistagsmitglieder auf, sich auf den Beschlussvorschlag des Kreissausschusses zu beziehen und die notwendige Diskussion in den Ausschuss für Umweltschutz, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft, Agenda 21 und Verbraucherschutz zu verlegen.

KTA Zimmermann kritisiert, dass man nicht nur eine Branche fördern könne. Auch Speditions- und Logistikunternehmen seien betroffen.

-KR, 61, KSL-

TOP-Nr. 12 Antrag der Grünen-Kreistagsfraktion vom 01.09.2008 (Eingang 01.09.2008);
Besuchsquote von Migrantenkinder in Kindertageseinrichtungen erhöhen
Vorlage: 2008/174

Abstimmungsergebnis: 1 Gegenstimme, 1 Enthaltung

Beschluss:

Der Integrationsbeirat von Stadt und Landkreis Lüneburg wird gebeten, Strategien zu entwickeln, um die Besuchsquote von Migrantenkindern in Kindertageseinrichtungen zu erhöhen.

Diskussionsverlauf:

LR Nahrstedt gibt bekannt, dass der Kreisausschuss empfehle, den Antrag an den Integrationsbeirat weiterzuleiten mit der Bitte die Besuchsquote von Migrantenkindern in Kindertageseinrichtungen zu erhöhen.

KTA Staudte teilt mit, dass 33% der unter 6-jährigen Kinder in Deutschland einen Migrationshintergrund aufweisen. Erschreckend sei, dass nur 53% dieser Kinder eine Kindertagesstätte vor der Einschulung besuchen. Die negativen Folgen seien, dass keine ausreichenden Deutschkenntnisse vorliegen. Somit werden diese Kinder dreimal häufiger von der Einschulung zurückgestellt und 25% brechen die Schule vorzeitig ab. Das liege deutlich über dem Durchschnitt. Die Grüne-Fraktion möchte, dass sich der Integrationsbeirat damit befasst. Eigene Vorstellungen seien, den Kontakt zu Kinderärzten aufzubauen und auch eine entsprechende Befragung der Eltern vorzunehmen.

KTA Stange begrüßt den Antrag. Sie weist aber auch darauf hin, dass der Antrag kein Thema für den Kreistag sei. Er hätte gleich an den Integrationsbeirat gerichtet werden können. So entstehe der Eindruck, dass es den Antragstellern allein auf eine öffentliche Darstellung ankomme.

KTA Berisha gibt bekannt, dass er den Antrag für überflüssig hält.

KTA Dziuba-Busch merkt an, dass sie den Antrag grundsätzlich begrüße, da die Sprache ein wichtiges Ausdrucksmittel sei und Migranten meist auf eine zusätzliche Förderung angewiesen seien. Die CDU habe bereits eingeführt, dass eine Sprachprüfung ein Jahr vor der Einschulung durchgeführt werde um somit zusätzliche Sprachkurse anzubieten. Sie schließe sich auch der Aussage von KTA Stange an.

- 50-

**TOP-Nr. 13 Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE. vom 08.09.2008 (Eingang 08.09.2008);
Ausweitung von Energiesozialtarifen
Vorlage: 2008/175**

Abstimmungsergebnis: 1 Gegenstimme

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Diskussionsverlauf:

LR Nahrstedt berichtet, dass der Kreisschuss die Ablehnung des Antrages empfehle.

KTA Venderbosch erläutert, dass die immer höheren Strompreise für Geringverdiener, Hartz IV-Empfänger, Rentner und Empfänger von Grundsicherung zum Problem werden. Der genannte Personenkreis gerate in soziale Not und werde zahlungsunfähig. Die E.ON Avacon biete einen Stromsozialtarif an, allerdings nur für Personen, die auch von der Rundfunkgebühr befreit seien. Selbst Geringverdiener und Hartz IV-Empfänger mit einem geringen Einkommen erhalten diesen Tarif nicht.

Fraglich sei, ob der Tarif überhaupt günstiger sei als andere Stromanbieter. Er halte die E.ON Avacon für ein kapitalistisches Unternehmen, was auf den Profit ausgerichtet sei. Bei steigendem öffentlichem Druck könne die Bereitschaft wachsen den Sozialtarif anzubieten.

KTA Frostreuter merkt an, dass die Fraktion die steigenden Energiepreise sehr ernst nehme. Bundesweit werde über Energiesozialtarife diskutiert. Diese Diskussion sollte auch beim Bund verbleiben, denn der Kreistag könne hier nicht tätig werden. Eine Anhebung der Regelsätze sei in diesem Zusammenhang sinnvoller. Im Sozialausschuss wurde bereits angesprochen die Heizkostenpauschale anzuheben, was die Fraktion auch sehr begrüße. Das stelle eine bessere Maßnahme da. Deswegen sollte der Antrag abgelehnt werden.

LR Nahrstedt führt an, dass die E.ON Avacon das einzige Unternehmen sei, was einen Sozialtarif anbiete. Bei der nächsten Beiratssitzung sei er bereit, sich auch für Gassozialtarife einzusetzen. Dieses Thema sei eine übergeordnete Aufgabe, die nicht in den Kreistag gehöre und somit empfehle er die Ablehnung des Antrages.

KTA Berisha kritisiert, dass erst einmal Konzepte zu erarbeiten seien, die die Schulden des Landkreises bewältigen können. Wenn dann die benötigten Gelder zur Verfügung stehen, sei es sinnvoll damit Arbeitsplätze zu schaffen und die Infrastruktur auszubauen. So könnte die Bevölkerung ihr Einkommen erarbeiten, was zur Zahlung der Energiekosten benötigt werde.

TOP-Nr. 14 Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten

TOP-Nr. 14.1 Zustimmung des Kreisausschusses zur Elternbefragung Gesamtschule

LR Nahrstedt berichtet, dass der Kreisausschuss der Umfrage zu einer Gesamtschule zugestimmt habe.

TOP-Nr. 15 Schriftliche Anfragen gem. § 19 Abs. (1) Geschäftsordnung

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP-Nr. 16 Mündliche Anfragen aus aktuellem Anlass gemäß § 19 Abs. (2) Geschäftsordnung

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP-Nr. 18 Schließung der Sitzung

Vors. Fricke schließt die Sitzung um 16.45 Uhr.
